Abschied von der Versorgungssicherheit Deutschlands Stromversorgung ist nicht mehr zu retten

geschrieben von Wolfgang Müller | 1. Dezember 2014

Diese frohe Kunde konnte ein sichtlich erfreuter ARD-„Energieexperte“ Jürgen Döschner, WDR-Fernsehjournalist und Eurosolar-Preisträger, schon im Frühstücksfernsehen am Morgen des ersten Dezembers Millionen von Fernsehzuschauern verkünden. Nach jahrzehntelangem Dauerbeschuss durch Medien, Politik und zahllose „Umwelt“-Organisationen von Greenpeace bis zum BUND hat der größte deutsche Energieversorger die weiße Flagge gehisst. Seinem Beispiel werden die anderen drei „großen“ der Branche wohl in nicht allzu ferner Zukunft ebenfalls folgen. Im Lager der grünsozialistischen Kohle- und Kernkraftgegner werden in nächster Zeit wohl die Champagnerkorken knallen. Doch das ist etwas verfrüht, denn in Wirklichkeit ist Deutschland mit diesem Ereignis dabei, sich aus dem Kreis der modernen Industrienationen zu verabschieden.

Alles andere als eine Spontanentscheidung

An dem jetzt bekannt gegebenen Entschluss sind zwei Dinge bemerkenswert: Der Zeitpunkt und die Tatsache, dass es sich nicht um eine Entscheidung des Vorstands, sondern des Aufsichtsrats handelt. Der Zeitpunkt ist deshalb von Belang, weil er genau drei Tage vor einer entscheidenden Kabinettssitzung stattfand, auf der grundsätzliche Beschlüsse zur Energie- und Klimapolitik der nächsten Jahre

gefällt werden sollen. Dazu gehören insbesondere Vorgaben an die Stromkonzerne zur weitergehenden Verringerung ihres CO2-Ausstoßes. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hatte die Energiewirtschaft dazu erst vor wenigen Tagen ins Gebet genommen und gefordert, dass sie ihre CO2-Emissionen bis 2020 um rund 22 Mio. Tonnen zurückfährt. Die Tatsache, dass man bei E.ON jetzt den Kabinettsbeschluss erst gar nicht abgewartet hat zeigt, dass man nicht mehr glaubt, auf die Entscheidungen der Politik noch Einfluss nehmen zu können.
Der zweite wesentliche Aspekt des Beschlusses ist der, dass er vom Aufsichtsrat gefasst wurde. Im Unterschied zum Vorstand befasst sich der Aufsichtsrat eines Unternehmens nicht mit dem Tagesgeschäft. Seine vorrangige Aufgabe ist die Kontrolle des

Vorstands. Darüber hinaus hat er auch Beratungsfunktion, d.h. er beeinflusst die langfristige strategische Ausrichtung des Unternehmens. Die jetzige Entscheidung ist daher sicher über einen längeren Zeitraum gereift und zeigt, dass sich das Unternehmen dauerhaft auf den jetzigen Kurs festgelegt hat. Man hat die Hoffnung auf eine Rückkehr der Energiepolitik zu früheren Verhältnissen offensichtlich endgültig aufgegeben.

Gründe für den Rückzug

Für jeden, der die deutsche

Energiepolitik der letzten Jahrzehnte beobachtet hat, sind die Gründe für den jetzt vollzogenen Ausstieg aus der konventionellen Energieerzeugung leicht nachvollziehbar. Die Politik setzt

flächendeckend auf die sogenannte „Energiewende“. Man hat dafür gesorgt, dass ungeheure Summen in den Aufbau gigantischer Kapazitäten für die Stromerzeugung aus Solar-, Windenergie- und

Biogasanlagen gesteckt wurden und subventioniert diese mit 20jährigen Abnahmegarantien zu überhöhten Preisen. Inzwischen sind in Deutschland rund 82.000 MW entsprechender

Erzeugungskapazität am Netz: Solar 38.750 MW, Wind 35.600 MW und Biomasse 8.100 MW. Bei entsprechender Wetterlage überschwemmen diese den Markt mit subventioniertem Strom, so dass die

Börsenpreise seit Jahren kontinuierlich fallen und inzwischen die Rentabilitätsgrenze fast aller konventionellen Kraftwerkstypen unterschritten haben. Doch obwohl die

Kraftwerksbetreiber beispielsweise in Süddeutschland mittlerweile 3.680 MW an konventioneller Kraftwerkskapazität zur Stilllegung angemeldet haben, verweigert die Politik ihnen bei rund 72 % das

Abschalten, weil diese Kapazitäten dann benötigt werden, wenn Sonne und Wind mal wieder schmollen. Die Kernkraftwerke sind zum Tode verurteilt, und die Kosten für Abbau und Endlagerung werden

durch ständig neue Manöver wie die Abkehr von Gorleben als Endlager und dem Neustart des ganzen Prozesses der Endlagersuche nach oben getrieben. Damit sind Stilllegungskosten

für die Konzerne zu einem nicht mehr kalkulierbaren Risiko geworden. Vorschläge der Energieerzeuger zu einer Anpassung der Marktmechanismen hin zu einem Kapazitätsmechanis

mus, bei dem die Bereithaltung von Kraftwerksleistung für den Ausgleich zu geringer EE-Stromproduktion honoriert werden sollte, wurden von der Bundesregierung abgebügelt. Zudem haben die vier

„großen“ Kraftwerksbetreiber schon vor Jahren ihre Lobbyorganisation verloren, weil im BDEW inzwischen Stadtwerke, deren Politik von grünroten kommunalen Verwaltungen

diktiert wird, das Sagen haben.

Konsequenzen

Mit dem

Abschied der Energiekonzerne ist Deutschla

nds Energiepolitik am Ende. Man hat einen Punkt

überschritten, der in der Fliegersprache „Punkt

ohne Wiederkehr heißt“, weil der verbliebene

Kraftstoff nicht mehr reicht, um wieder an Land

zu kommen. Innerhalb weniger Jahre dürfte

die konventionelle Energieerzeugung in

Deutschland vollends zusammenbrechen. Nur die

„großen Vier“ verfügten bisher über die Kapazität

en zur konventionellen Stromerzeugung, die das

Netz stabilisieren können, wenn es zu

Störungen oder zum Einbruch der EE-Erzeugung bei

Dunkelheit und Windstille kommt. Und im Unterschi

ed zu Solarköni gen und Windbaron en haben sie eine

gesetzlich verankerte Versorgungspflicht

. Der jetzt verkündete Rückzug bedeutet im

Prinzip nichts anderes als die Verabschiedung aus

dieser Verpflichtung zur Sicherung einer kontinuie

rlichen
und
bezahlbar
en
Stromerze
ugung.

Die deutsche Energiewendepolitik ist damit

definitiv und unwiderruflich in der Sackgasse

gelandet. Auf der einen Seite wird man den

sinnlosen weiteren Ausbau der „Erneuerbaren“

nicht stoppen können, weil die entsprechenden

Lobbies in allen Gruppierungen und Schichten sowie in

den Medien einfach zu starke Positionen

innehaben. So haben die Grünen, obwohl sie im

Bundestage in der Opposition stehen, im Bundesrat

zusammen mit ihren Komplizen aus der SPD eine komfortab

le Sperrminorität. Auf der anderen Seite

können die konventionellen Stromerzeuger

nicht mehr. Sie können mit den vorhandenen

Kraftwerken ihre Kosten nicht mehr hereinhol

en,
während
die
Politik
sich
ungerührt

immer noch neue Zusatzbelastungen und Folterins

trumente ausdenkt. Es wird keine neuen Investiti

onen in konventionelle Kraftwerke mehr geben,

und man wird die Stillegung der vorhandenen

Kapazitäten forcieren, indem man sie „auf

Verschleiß“ fährt. Ein kaputtgejuckeltes Kraftwerk

steht eben still, da kann auch die Bundesnet

zagentur soviel verbieten, wie sie will. Notfalls

gehen die „Bad Kraftwerke“ dann eben pleite.

Ein geordnetes Umschwenken ist nicht

mehr möglich, da die Politik keinerlei Anzeichen

für eine Einsicht zeigt. Alle politischen

Parteien von CDU bis Linke sind gleicherm aßen in

die Sache verstrickt und kämen nicht mehr ohne

Gesichtsverlust heraus. Dass auch die Öffentlic

hkeit und die Finanzwirtschaft diese Zusammenh

änge
nicht
erkennen
können
oder
werden

zeigt sich daran, dass die E.ON-Aktie

nach der Ankündigung um mehr als 4,5 % nach oben

geschossen ist,
und das
an einem
schwachen
Börsentag

. Gute Nacht, Deutschland…

Fred F. Mueller